

Buchbesprechungen

Erika Thurner / Alexandra Weiss (Hg.)
 JOHANNA DOHNAL – INNENANSICHTEN
 ÖSTERREICHISCHER FRAUENPOLITIK, Innsbrucker
 Vorlesungen, Innsbruck/Wien/Bozen 2008,
 StudienVerlag, 228 S., 17,90 EUR.

Im Wintersemester 2006/07 übernimmt Johanna Dohnal eine Gastprofessur an der Universität Innsbruck. Sie spricht dort im Rahmen der Fakultätsvortragsreihe „PolitikerInnen in Resistance“ zu fast 30 Jahre Frauenpolitik, die sie selbst aktiv mitgestaltet und in der sie gegen patriarchalische Strukturen angekämpft hat. In ihren persönlichen Erinnerungen wird diese Zeit noch einmal lebendig, und durch die Herausgeberinnen Erika Thurner und Alexandra Weiss, beide am Institut für Politikwissenschaft in Innsbruck tätig, einer über das Vorlesungspublikum hinaus gehenden ZuhörerInnenschaft zugänglich gemacht.

Das Buch orientiert sich in seinem Aufbau zum einen am politischen Werdegang von Dohnal, der seinen Anfang in den 1970er-Jahren nimmt, als sie 1969 Bezirksrätin von Penzing und 1973 Wiener Gemeinderätin wird. 1979 holt sie Kreisky in die Bundesregierung, wo sie das Staatssekretariat für allgemeine Frauenfragen bekleidet. 1990 wird sie als erste Bundesministerin für Frauenangelegenheiten angelobt und hat diese Position bis zum Ausscheiden aus der Politik 1995 inne. Neben dieser chronologischen Aufbereitung sind einzelnen Themen auch eigene Kapiteln gewidmet, wie etwa der Entkriminalisierung des Schwangerschaftsabbruchs durch die 1975 eingeführte Fristenlösung, der Gewalt gegen Frauen und der Einführung von Quotenregelungen, deren Umsetzung in Politik und Erwerbswelt von Monika Jarosch für Österreich im internationalen Vergleich recherchiert und im Buch dokumentiert wird.

In den einzelnen Vorlesungen lässt Dohnal die zentralen Anliegen ihrer Politik für Frauen Revue passieren. Sie beschreibt die rechtlichen Rahmenbedingungen, innerhalb derer sie ihre Arbeit aufnimmt, die Schwerpunkte ihrer Arbeit und deren sukzessive Umsetzung. Dazu bedurfte es in der Regel eines langen Atems. Nachdem sie das erste Mal auf der Regierungsbank Platz nahm und auf das vor ihr aufgestellte Schild „Staatssekretär Johanna Dohnal“ mit schwarzen Filzstift ein „IN“ hinzufügte, dauerte es ganz zehn Jahre bis das Bundesverfassungsgesetz und das Beamtenrecht dahingehend geändert wurden, dass alle Amtsbezeichnungen und Titel in jener sprachlichen Form verwendet werden müssen, die das Geschlecht der betreffenden Person ausdrücken. Von besonderer Bedeutung war auch die Schaffung von Frauenhäusern, an die erst gedacht werden konnte, als das Familienrecht und die Ehegesetzgebung geändert wurde,

und der Mann nicht mehr über den Wohnort der Frau entscheiden konnte.

Charakteristisch für die Arbeitsweise von Dohnal ist, dass sie auf die Frauen zugegangen ist. Programmatisch ist hier ihr Spruch „Politik nicht nur für, sondern mit Frauen zu machen“. Dazu gehörte, dass sie über die Parteigrenzen hinweg den Kontakt zu Frauenorganisationen suchte, wie der Autonomen Frauenbewegung und anderen weltanschaulichen Gruppierungen. Damit wurde das Ziel verfolgt, gemeinsame Standpunkte zu erarbeiten, und zu effektiveren politischen Durchsetzungen zu gelangen.

Noch wichtiger war jedoch die Einrichtung der Frauenservicestelle. Sie wurde von Dohnal bereits 1980 eingeführt und jeden Mittwoch zwischen 12.00 und 19.00 Uhr konnten Frauen nach Terminvereinbarung im Bundeskanzleramt bei ihr vorstellig werden, um ihre Probleme zu besprechen. Dieses unkonventionelle Vorgehen kam einen Tabubruch gleich, da nun „ganz normale“ Staatsbürgerinnen im Bundeskanzleramt ein- und ausgingen. Diese Einrichtung bildete für Dohnal, wie sie berichtet, die wichtigste Informationsquelle und viele Gesetzesnovellen haben hier ihren Anfang genommen.

Ihre Darstellungen verdeutlichen, welcher massiven Front an patriarchalischen Einstellungen und Bewusstsein sie in Politik wie Medien gegenübergestanden ist, nicht nur außerhalb der parteipolitischen Sphäre, sondern gerade auch in dieser selbst. Als hilfreich für die Umsetzung geschlechtergerechter Politik erwies sich ihr gutes Einvernehmen mit Bundeskanzler Kreisky, der ihr immer wieder den Rücken gestärkt hat. Aber auch einzelne Minister waren bereit, mit ihr in interministeriellen Arbeitsgruppen zusammenzuarbeiten und sie in ihren Anliegen zu unterstützen. Das war jedoch keine „Massenbewegung“, wie sie einräumt.

Vieles was uns heute als selbstverständlich erscheint und woran wir uns bereits in Bezug auf Geschlechtergerechtigkeit „gewöhnt haben“, war das Ergebnis langwieriger Verhandlungen, wie z.B. die Gleichstellung der Werkzeuge für Buben und Mädchen. Dafür musste ein „jahrlanger Kulturkampf“ geführt werden. Der Untergang des Abendlandes wurde befürchtet, da Buben nun mit dem Handarbeitskoffer in die Schule marschieren mussten. Viel Unterstützung gab es anfänglich dafür in der gesellschaftlichen Öffentlichkeit nicht, wie Dohnal von ihren Saunabesuchen zu dieser Zeit wusste.

Durch ihre lebensnahen Schilderungen, trockenen Kommentare und persönlichen Einfärbungen der Erzählungen wird das Buch zu einem kurzweiligen Vergnügen. Ebenso sympathisch ist, dass Johanna Dohnal es in ihren Ausführungen stets den ZuhörerInnen bzw. LeserInnen überlässt, sich ihr eigenes Urteil zu bilden. Beim Lesen wird man

jedoch auch nachdenklich, vor allem dann, wenn man sich fragt, was aus dem Erbe von Dohnal geworden ist. Den Elan und die Radikalität ihrer Standpunkte, ohne die wahrscheinlich keine Frauenpolitik zu machen ist, sucht man vergeblich in der heutigen PolitikerInnenlandschaft, trotz Frauenministerium. Dabei gäbe es sehr vieles zu sagen und aufzuzeigen. Gleich in ihrer ersten Vorlesung macht Dohnal klar, dass es sich bei der Aufgabe der Frauen, die Betreuung der Pflegebedürftigen zu übernehmen, um einen der größten Skandale handelt, den diese Republik aufzuweisen hat, ein Standpunkt, den man in der aktuellen Pflegediskussion allerdings vergeblich sucht und der, so wie es den Anschein hat, auch in der näheren Zukunft kaum zu hören sein wird. Somit kann das Lesen des Buches auch Impulse wecken, sich auf dem bisher Erreichten nicht auszuruhen. Denn was sind 30 Jahre Frauenpolitik schon? In Wirklichkeit nichts, wie Dohnal betont. Daher ist die neue Frauengeneration aufgefordert, gegenwärtig zu sein und mit geschärftem Blick die Missstände aufzuzeigen, denen Frauen ausgesetzt sind. Die Ausführungen von Dohnal sind hierfür eine nützliche Quelle.

Sigrid Kroismayr (Wien)
E-Mail: office@boas.at

Elmar Altvater/Thomas Barth/Lutz Brangsch/Aldo Legnaro/Hans J. Krysmanski/Werner Rügemer
PRIVATISIERUNG UND KORRUPTION: Zur Kriminologie von Globalisierung, Neoliberalismus und Finanzkrise, Hamburg 2009, Anders-Verlag/Libri.de, 124 S., 14,80 EUR.

Interviews zur Finanzkrise haben vor allem anfangs, aber auch heute noch regelmäßig, ihren Höhepunkt in der ungläubig stauenden Frage gefunden: „Warum wird keiner dieser Banker bestraft?“, „Warum werden die Staatsanwälte nicht bei den Finanzkonzernen aktiv?“ oder „Wieso sind die verbrecherischen Machenschaften auf den globalen Finanzmärkten nicht verboten?“ Der vorliegende Sammelband gibt Antworten, die größtenteils bereits vor der aktuellen Krise formuliert wurden: Nach Wurzeln der Misere suchen die Autoren in der Korruption, vor allem der Korruption in Grauzonen und Dunkelfeldern rund um Privatisierung und Deregulierung.

Elmar Altvater, Urgestein der Globalisierungskritik, macht den Anfang mit seinem Beitrag „Globalisierung und Korruption“, der zunächst Globalisierung, Inwertsetzung und Privatisierung als dominante Tendenzen der Weltwirtschaft beschreibt. Privatisierung ist dabei der treibende Mechanismus, der die in „Wert“ gesetzten öffentlichen Güter der Nutzung durch Kapitalinteressen preisgibt. In aller Regel, so Altvater, ist bei Privatisierung und Kommerzialisierung öffentlicher Einrichtungen und Güter Korruption im Spiel. Es kommt zur illegalen privaten Aneignung

von öffentlichen Ressourcen. Korruption reicht dabei vom kleinen Schmiergeld für StaatsdienerInnen bis zur Bestechung im großen Stil, dem Kaufen von hohen BeamtenInnen, StaatspräsidentInnen und Königshäusern. Auch die „white collar“-Kriminalität, die Weiße-Kragen-Kriminalität, wie Wirtschaftskriminalität im Angelsächsischen genannt wird, des Managements privater Großunternehmen wie Enron oder Parmalat weise dabei alle Elemente der Korruption auf: die private Bereicherung auf Kosten Dritter, zumeist der Beschäftigten, der KundInnen und der Staatskasse, illegales Handeln, Intransparenz. Die Schädigung der Allgemeinheit zugunsten privater Vermögen ist, so Altvater, das zugrunde liegende Prinzip (vgl. S. 5f.). Die liberale Theorie rechtfertigt die große und die kleine Korruption als „systemnotwendig“, da sie formelle Normen und Gesetze als Problem sieht. Diese seien für die ökonomische Dynamik von Märkten und die Ausbildung von Eigentumsrechten hinderlich. Das private Eigentumsrecht als Ausschussrecht erfordert, dass staatliches oder genossenschaftliches Eigentum in ein exklusives privates Eigentum verwandelt werden, dass wenige alles erhalten und die vielen Ausgeschlossenen so gut wie nichts (vgl. S. 13). Dem Markt die Regulierung der Versorgung der Bevölkerung mit öffentlichen Gütern zu überlassen, sei jedoch gefährlich, bestenfalls naiv. Korruption zeige, dass die Privatisierung öffentlicher Güter neben den finanziellen Schäden zusätzlich hohe soziale Kosten verursachen kann. Denn Korruption sei nicht nur ein Entzug von Ressourcen des Gemeinwesens zugunsten privater Profite, sondern auch ein Mittel, mit dem institutionelle Verlässlichkeit und Vertrauen zwischen Menschen und Institutionen zerstört werden. Korruption zerstöre die Legitimation des politischen Systems und seine Verlässlichkeit für die Menschen, die selbst ein wichtiges öffentliches Gut darstelle. Vor allem dort, wo es schon beim Privatisierungsvorgang selbst an Transparenz und Kontrolle mangelt, niste sich nur allzu leicht Korruption ein (vgl. S. 22f.).

Die weiteren Buchbeiträge verdeutlichen und belegen die so umrissene Problemkonstellation aus verschiedenen Perspektiven. Hans Jürgen Krysmanski beleuchtet aus der Sicht seines „Power-Structure-Research“-Ansatzes die „Privatisierung der Macht“, die aus der Ansammlung von riesigen Privatvermögen resultiert, insbesondere, wenn es zur „Monetarisierung des Politischen“ kommt. Die Regierungsbeeinflussung durch Geld- und Machteliten wird anhand der US-Regierung und ihrer Abhängigkeit von Stiftungen, privat gesponserten Universitäten und privaten Thinktanks belegt (S. 34). Mit Aldo Legnaro nähert sich der Sammelband der aktuellen Finanzkrise – er berichtet von „Heuschrecken und Kapitalismus“. Legnaro setzt an beim damaligen SPD-Vorsitzenden Franz Müntefering, der im Frühjahr 2005 die „Heuschrecken-Diskussion“ begann. Dies hatte zwar, so Legnaro, wohl nur den Wahlkampf im Sinn: Müntefering konnte kaum ahnen, dass er damit einen inzwischen „geradezu sprichwörtlich gewordenen“ Begriff prägen würde. Nach 20 Jahren politisch gewollter Dere-

gulierung der ökonomischen Verhältnisse erlebte man im Wahlkampf 2005 plötzlich Diskurse über Reregulierungen, über neue Regelserzetzungen, Eingrenzungen und Lenkungen. Die Geschichte seither, insbesondere ihre krisenhafte Zuspitzung im letzten Jahr zeigte jedoch, dass Legnaros Warnungen ins Schwarze trafen: Es handelte sich um nicht mehr als legitimierende Beschwichtigungsversuche aus der Politik, um „eine lautstarke Art, die Struktur der kapitalistischen Funktionsweisen zu beschweigen“ (S. 38).

Werner Rügemer, Korruptionskritiker und Experte für Privatisierung, beleuchtet die Praxis der Privatisierung in Deutschland – und findet die Justiz bei Wirtschaftskriminalität kaum handlungsfähig. Am Beispiel des Frankfurter Bildungszentrum Ostend beleuchtet er politische Verfehlungen bei der Bildungsprivatisierung, die hier Schulgebäude betrifft. Falsche Versprechungen von Effizienzgewinn und Einsparungen für öffentliche Kassen, geheim gehaltene Verträge bei der Verschleuderung öffentlicher Einrichtungen und gut bezahlte Posten in der Privatwirtschaft für die Politiker, die solcherlei Ausplünderung zu verantworten haben – als Korruption kann Derartiges in Deutschland nicht bestraft werden. Die Gesetzeslage lässt es nicht zu, die Politik entkriminalisiert sich selbst. Das besonders bedeutende Beispiel der Londoner Wasserwerke Thames Water belegt, dass dies kein deutsches Phänomen ist, auch wenn hier der deutsche Energiegigant RWE Hauptschuldiger ist. 15 Millionen Londoner trinken schlechteres Wasser, weil RWE Investitionen in die Infrastruktur zugunsten eigener Profitmaximierung unterlässt. Die Umwelt wird rücksichtslos ausgebeutet, weil es billiger ist, neue Brunnen zu bohren, als lecke Leitungen zu reparieren (S. 58f.).

Thomas Barth betrachtet „Finanzkrise, Medien und dezentrale Korruption“, wobei er seinen mit 30 Seiten umfangreichsten Beitrag des Bandes in den Niederungen der Kommunal-Korruption beginnt. Weit mehr als der medial immer wieder beschworene „Kölner Klüngel“ finde sich hier. Vielmehr sei die humorige Verharmlosung als kölnisch-karnevaleske Volkskultur eine mediale Taktik, um das ubiquitäre Phänomen dezentraler Korruption zu verbergen. Anders als von medial nicht nur im notorischen „Christiansen-Talk“ in den Vordergrund gerückten Industrieakteuren immer wieder kolportiert, sei Privatisierung keinesfalls ein Mittel gegen Korruption (S. 71f.). Diese sei in der Privatwirtschaft vielmehr mindestens ebenso weitverbreitet wie beim Staat und wuchere insbesondere im Zwischenbereich von Privatisierungen und Public Privat Partnerships etc. Wie abwiegelnd die Medien in der Finanzkrise mit möglichen Verantwortlichen umgehen, demonstriert Barth medienanalytisch am Beispiel einer Talkshow. Bei Beckmann in der ARD wurde Anfang Oktober 2008, auf dem Höhepunkt der Krisenpanik, ein hochverdächtiger Akteur aus der zwielichtigen Grauzone zwischen Lobbyismus und Korruption mit einem Kritiker konfrontiert: Friedrich Merz (CDU) traf auf Harald Schumann (Autor von „Die Globalisierungsfälle“). Das mediale Setting

war jedoch so ausgestaltet, dass kritische Aspekte nur mit minimierter Wirkung beim Publikum ankommen konnten. Merz war (bzw. ist) als Politiker in entsprechenden Gremien federführend an Gesetzen zur Deregulierung des Finanzmarktes beteiligt und zugleich als Anwalt für Finanzfirmen mit der Abwicklung von Geschäften betraut, die so geschaffene Gesetzeslücken profitabel ausnutzen. Diese bekannten Fakten wurden zwar in der spätabendlichen Sendung einem schmalen Publikum kurz rekapituliert – so glaubte man wohl, den Pflichten öffentlich-rechtlicher Ausgewogenheit Genüge zu tun. Sie wurden aber konterkariert durch die Auswahl eines stimmbandschwachen Kritikers, der von Merz und Moderator nach ein paar kritischen Sätzen mit Leichtigkeit abzuwürgen war. Barth dokumentiert diesen mutmaßlichen Höhepunkt einer abwiegelnden „Suche“ nach Verantwortlichen für die Finanzkrise. Diese angebliche Suche durch die Medienöffentlichkeit zeigt sich dabei in ihrer ganzen Erbärmlichkeit – bis zum Niederbrüllen der Kritik nebst Einsatz eines routinierten politischen Schwätzers und einer ablenkenden vollbusigen Blondine (S. 76ff.). Die privaten Medien werden in Gestalt des europaweit dominierenden Bertelsmann-Konzerns ebenfalls einbezogen: Der „Farumgate“-Skandal entpuppt sich als Fall von „preisgekrönter Korruption“. Bertelsmann, dessen Medien nicht nur überall Privatisierungen propagieren, sondern dessen mächtige Konzernstiftung auch ein Hauptakteur zahlloser entsprechender Kampagnen ist, hatte der dänischen Stadt Farum einen Preis für Kommunen-Management verliehen: Man hatte dort alles privatisiert, was nicht niet- und nagelfest war. Wenig später kam aber heraus, dass die Privatisierungen in einem wuchernden korruptiven Dschungel stattgefunden hatten. Der populäre Bürgermeister musste – obgleich schon für das Amt des dänischen Ministerpräsidenten im Gespräch – zurücktreten und sich vor Gericht verantworten. Von Bertelsmann geht Barth über zur Söldnerfirma Blackwater, die besonders im Irak eine blutige Privatisierung der Gewalt betrieben hat und zur korruptiven Achse von Cheney bis Halliburton, um den Begriff der „Makro-Korruption“ zu entfalten: Makro-Korruption ist demnach in der Schnittmenge von Wirtschaftsverbrechen und Makrokriminalität (Staatsverbrechen, Unrechtsstaaten etc.) angesiedelt. Sie tendiert zur rechtlichen Legalisierung ihrer Operationen durch Manipulation von Medien, Politik und Justiz. „Wie der von Verbrechen übernommene totalitäre Unrechtsstaat, schafft sich auch die Makro-Korruption ihr eigenes Recht, wenn auch weniger blutig und spektakulär.“ In ihren eher lichtscheuen Verfahren stehe Makro-Korruption meist abseits demokratischer Prinzipien (Privatisierung, Lobby, Korruption), könne jedoch bei Versagen der korrumpierten Medien auch manchmal Mehrheiten für ihre Protagonisten mobilisieren. Ob damit auch das Umfragen-Hoch der FDP im Jahr 2009 zu erklären ist, wird nicht verraten.

Lutz Brangsch schließlich ist nach so viel Kritik zuständig für die utopische Perspektive. Er wendet sich der Demo-

kritisierung als Alternative zur Privatisierung zu. Transparenz und demokratische Gestaltung von Entscheidungsprozessen sollten laut Brangsch ein zentrales Merkmal öffentlichen Eigentums sein. Widerstand gegen Privatisierung bedeute unter heutigen Bedingungen, so sein Fazit, ein ganzes Netz an Interessen und Regelungen infrage zu stellen, sei aber nichts anderes als das legitime Bedürfnis, die Gestaltung eigener elementarer Lebensverhältnisse nicht von anderen abhängig zu machen, die ganz anderen Maßstäben des Wirtschaftens folgen wollen (S. 104ff.). Kommunales bzw. staatliches Eigentum gehöre praktisch nicht der Öffentlichkeit, sondern der Verwaltung. Deshalb gelte es, die Entwicklung von regionalen Wirtschaftskreisläufen zu fördern, also stabiler Kooperationsbeziehungen zwischen öffentlichen Unternehmen, freien Trägern und lokal orientierten privaten Unternehmen. Wichtig sei auch selbst organisierte wirtschaftliche Tätigkeit, insbesondere von Unternehmen, die nach genossenschaftlichen Prinzipien wirtschaften, sowie eine Demokratisierung von Haushaltspolitik durch eine Transparenz vor allem jener Prozesse bei Privatisierungen, die bislang im Geheimen zwischen Politikern und Wirtschaft ausgemacht werden (S.111ff.). Was zu beweisen war. Ein sehr notwendiges Buch, gerade heute.

Dreger van Guerre (Großhansdorf)
E-Mail: vanguerre@web.de

Oliver Geden/Severin Fischer

DIE ENERGIE- UND KLIMAPOLITIK DER EUROPÄISCHEN UNION: Bestandsaufnahme und Perspektiven, Baden-Baden 2008, Nomos-Verlag, 136 S., 19,00 EUR.

Nach wie vor gilt es als Paradoxon in der Europaforschung: Während zwei der drei Gründungsverträge der Europäischen Union energiepolitische Themen behandeln, blieb die politikwissenschaftliche Literatur zur europäischen Energiepolitik überschaubar. Das liegt zum einen an der ökonomischen und technischen Komplexität von energiepolitischen Fragestellungen, weswegen die Forschung in Österreich vornehmlich von technischen oder wirtschaftlichen Instituten abgedeckt wird. Zum anderen gilt die Energiepolitik in der Europaforschung als „gescheitertes“ Politikfeld. Während sich die supranationalen Kompetenzen in vielen anderen Politikfeldern konstant ausgeweitet haben, blieb die Energiepolitik bis in die 1990er-Jahre vornehmlich unter nationalstaatlicher Verantwortung. Lediglich über Umwege, insbesondere über Binnenmarkt- (Strom- und Gasliberalisierungsrichtlinie) oder Umweltschutzbestimmungen (Ökostrom-Richtlinie), hat sich ein eigenständiges Energie-Acquis entwickelt.

Auch der im Nomos-Verlag erschienene dünne Band von Oliver Geden und Severin Fischer geht von diesem Manko in der politikwissenschaftlichen Europaforschung aus. Die beiden Autoren verfolgen mit ihrem Beitrag das

Ziel, eine systematische Einführung in die europäischen Energie- und Klimapolitik zu liefern und einen Überblick über die wichtigsten Handlungsfelder, Instrumente und institutionelle Rahmenbedingungen zu bieten. Sie standen dabei vor der Problematik, einerseits eine möglichst gut lesbare und knappe Einführung zu schreiben, andererseits die Komplexität eines sich rasch verändernden Politikfeldes adäquat abzubilden. Geden und Fischer ist das zumindest ansatzweise gelungen.

Analog zu den einschlägigen Papieren der Europäischen Kommission werden im ersten Abschnitt Umweltverträglichkeit, Versorgungssicherheit und Wettbewerbsfähigkeit als die wichtigsten Herausforderungen für eine europäische Klima- und Energiepolitik genannt. Im Gegensatz zu den Kommissionsdokumenten nehmen die Autoren allerdings eine marktkritischere Haltung ein und argumentieren, dass es „fahrlässig“ wäre, in der Energiepolitik alleine auf den Markt zu vertrauen und dass aus verschiedenen Indizien für ein Marktversagen ein Handlungsdruck auf der europäischen Ebene entsteht.

Der zweite Abschnitt bildet einen Überblick über die historische Entwicklung der Kompetenzverteilung in der Energie- und später auch Klimapolitik, beginnend mit der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS) und dem EURATOM-Vertrag. Die Autoren beschränken sich auf eine chronologischen Auflistung der wichtigsten Ereignisse (Ölkrise, Vertragsänderungen, etc.) und vernachlässigen dadurch weite Teile der vorhandenen Literatur, die beispielsweise die Vorgangsweise der Kommission bei der Liberalisierung der netzwerkgebundenen Energiemärkte erklärt.

Auch im dritten Abschnitt werden Akteure und Positionen nur oberflächlich beschrieben. Die Kommission wird als monolithisches Gebilde behandelt, ihre Positionen werden aus den veröffentlichten Grünbüchern, Aktionsplänen und Richtlinien definiert. Die Positionen des Rates und der Mitgliedstaaten werden wenig differenziert und auf dem Niveau von EU-Einführungsliteratur dargestellt. Auf Diskussionen zwischen den Mitgliedstaaten gehen die Autoren anhand aktueller Beispiele ein (Ostseegaspipeline, Drittes Liberalisierungspaket, etc.). Obwohl der Europäische Gerichtshof aufgrund des geltenden Primärrechts nur eingeschränkt handlungsbefugt ist, können die Autoren gut strukturiert darlegen, dass der EuGH in der Vergangenheit eine Reihe von richtungsweisenden Entscheidungen traf, die für die Weiterentwicklung dieses Politikfeldes entscheidend waren.

Die Stärke des Bandes liegt im vierten Abschnitt, der Handlungsfelder und Instrumente beschreibt. Zwar konnten auch die Themen Binnenmarkt, Energieaußenpolitik, Klimaschutz, erneuerbare Energieträger, Energieeffizienz und Forschungspolitik nur angeschnitten werden (und wurden zum Teil durch rezente Entwicklungen auch schon wieder obsolet – etwa durch die Gasversorgungskrise Anfang 2009). Die Teilabschnitte abstrahieren allerdings die immer komplexen Verhandlungsprozesse und bringen

die Probleme gut auf den Punkt. Der normative Schreibstil, der oft Empfehlungen an „die EU“ enthält und der zu Beginn störend und wenig analytisch wirkt, ist dann, wenn es um die Darstellung gegenwärtiger Diskussionen in den Teilbereichen der Energiepolitik geht, durchaus erfrischend.

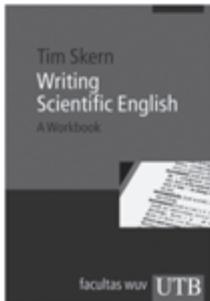
Für die energiepolitische Fachdiskussion liefern die Autoren nicht viel Neues. Die angegebene Literaturliste

bleibt oberflächlich. Der Band ist allerdings tatsächlich die erste deutschsprachige Überblicksdarstellung der europäischen Energie- und Klimapolitik. Zusammenfassend ist das Buch daher für EinsteigerInnen in die Thematik und für Studierende der Energie- und Klimapolitik durchaus empfehlenswert.

Stephan Renner (Wien)

E-Mail: stephan.renner@energyagency.at

From Schwarzenegger to Shakespeare: Improve your English!



Tim Skern **Writing Scientific English** A Workbook

UTB: facultas.wuv 2009, 191 pages
EUR 15,40 [A] / EUR 14,90 [D] / sfr 27,90
ISBN 978-3-8252-3112-5

Success in science depends nowadays on effective communication in English. This workbook is specifically designed to give under- and post-graduates confidence in writing scientific English. Examples and exercises show how to avoid common errors and how to rephrase and improve scientific texts. The generation of a model manuscript enables the reader to recognise how scientific English is constructed and how to follow the conventions of scientific writing. Guidelines for structuring written work and vocabulary lists will encourage young scientists to develop a concise and mature style. The workbook is accessible to students of many fields, including those of the natural and technical sciences, medicine, psychology and economics.

www.facultas.at

facultas.wuv 